



Foto: WWF, Beatrice Claus / BUND, Vera Konermann / NABU, Elke Meier im Gespräch mit der BI

Nachdem das Verhältnis zwischen den Bürgerinitiativen an der Ems und den Umweltverbänden WWF, BUND und NABU nach deren Klagerücknahme zum Sommerstau und dem umstrittenen Generationenvertrag der Verbände mit der Meyer Werft nachhaltig gestört war, stellten sich jetzt die Vertreter der Verbände in einer offenen Diskussion den interessierten Zuhörern in Leer.

Eine der Kernfragen in der von Hajo Rutenberg geleiteten Gesprächsrunde war unter anderem die Frage, ob hinsichtlich des Klageverzichtes und im Zusammenhang mit dem Generationenvertrag Geld geflossen sei. Dies wurde von den Vertretern der Verbände verneint.

Das Vertragswerk zwischen der Meyer Werft und den Verbänden wollten diese zwar auszugsweise zur Verfügung stellen, jedoch nicht in vollem Umfang. Dies wurde von den zahlreichen Zuhörern massiv kritisiert.

Da laut Pressemitteilung der Verbände vom 11.06.2009 der Vertrag keinen rechtsverbindlichen Charakter hat, blieb auch die Frage nach eventuellen Sanktionen bei Verstößen gegen die Meyer Werft unbeantwortet. Auch auf die Höhe solcher Sanktionen wollten sich die Vertreter der Verbände nicht festlegen.

Der Generationenvertrag und das Verhalten der Umweltverbände stehen jedoch unmittelbar vor einer neuen Herausforderung. Der Landkreis Emsland plant erneut einen massiven Eingriff in die Schließzeiten des Sperrwerkes bei Gandersum, der deutlich über das festgelegte Maß im Planfeststellungsverfahren zum Sperrwerksbau und über die teuer erkauften Zugeständnisse der Umweltverbände im Generationenvertrag hinausgeht. Hier ist von einer Steigerung der Schließzeiten von 50 % die Rede. ‚Das sei hinsichtlich der Wasserqualität und den Folgen für die geschützten Vogelarten an der Ems mit den Umweltverbänden nicht machbar‘, so die Aussage deren Vertreter.

„Wir werden das Verhalten der Verbände sehr genau beobachten. Dieser weitere Vorstoß aus dem Emsland ist weder mit den ökologischen Anforderungen noch mit dem Generationenvertrag in Einklang zu bringen. Die kurze Ehe zwischen der Werft und den Umweltverbänden steht damit faktisch vor der Scheidung“, so Hajo Rutenberg.

Dass die Umweltverbände derzeit die Verlegung der Werft als einzig sinnvolle Alternative nicht fordern dürfen, ist dem Generationenvertrag geschuldet. Auch dürfen die Verbände derzeit nicht an Kundgebungen gegen die Überführung der Kreuzfahrtschiffe teilnehmen. Jedoch haben die Vertreter der Verbände angekündigt, zukünftig auch wieder die Initiativen vor Ort zu unterstützen, was sicherlich als erster Schritt in die richtige Richtung gewertet werden kann.